

Volk in Bewegung intern

Liebe Leser!

Das Jahr 2012 beinhaltet eine Reihe runder Geburtstage, die historische Bezüge herstellen. Vor 600 Jahren wurde in Lotbringen die französische Nationalheldin Jeanne d'Arc geboren, auch „Jungfrau von Orléans“ genannt. Im Hundertjährigen Krieg führte sie ihre Nation gegen die Engländer und Burgunder. Durch Verrat gefangenengenommen, wurde die 19jährige von einem den Engländern nahestehenden Bischof wegen „Verstoßen gegen die Gesetze der Kirche“ verurteilt und am 30. Mai 1431 auf dem Marktplatz von Rouen verbrannt. Vor 300 Jahren wurde der Preußenkönig Friedrich II. (der Große) geboren. Er verkörperte das Preußentum, das für die heutige Zeit eine große Botschaft enthält. In diesem Sinne lebten Wernher von Braun und Hanna Reitsch, deren Geburtstage sich am 23. und 29. März zum 100. Male jähren. Vor 180 Jahren, am 27. Mai 1832, fand das Hambacher Fest statt, dessen geistige Impulse das Ende der Metternich-Ära brachten. Anlässlich seines 50. Todestages erinnern wir in diesem Heft an Erwin Guido Kolbenbeyer, dessen Werk uns in dieser Zeit wertvolle Impulse gibt.

Sollte es in diesem Jahr zum Zusammenbruch des Euro oder zum Krieg mit den Iran kommen, steht das neoliberale Regime vor der Zerreißprobe. Es hat die inneren Werte der Staaten soweit zerstört, daß es nur noch mit harten Gesetzen und Repressionen regieren kann. Es beginnt der Kampf um die Rückeroberung des politischen Primats, der Souveränität der Völker. Dieser Kampf wird mit scheinbar linken Sozialbewegungen beginnen, aber schnell bei scheinbar rechten Analysen landen. In dieser Ausgabe werden wir daher Carl Schmitt, Moeller van den Bruck und Hans Zehrer zitieren, deren Liberalismuskritik aktueller denn je ist.

Weitere Schwerpunktthemen dieses Jahres sind:

Heft 2 (April): Gebeimdienste

Heft 3/4 (Juli): Medien

Heft 5 (September): Zionismus

Heft 6 (Dezember): Europa.

Disziplinierungsmaßnahmen (I)

Der Fall Wulff

Dr. Rigolf Hennig

Am 17. Februar wurde die Kampagne erfolgreich abgeschlossen: Bundespräsident Wulff erklärte seinen sofortigen Rücktritt. Über die Gründe der Kampagne gegen Christian Wulff darf gerätselt werden. Waren es seine EU-kritischen Worte am 24. August 2011 auf der Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau und am 28. September beim 60. Jahrestag der Gründung des „Bundesverfassungsgerichts“? Sollte Wulff zur Unterschrift zum Gesetz für den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) gezwungen werden? Oder richtete sich der Stoß gegen Angela Merkel, die sich bei den Verhandlungen zu den Eurobonds als störrisch erwiesen hat? Wollen die Globalisierer wieder eine sozialdemokratisch geführte BRD-Regierung, mit Steinbrück als Kanzler und Özdemir als Außenminister, um die Gewerkschaften bei der zweiten Stufe des Sozialabbaus mit ins Boot zu nehmen?

Es war kein Fehler, dem Bundespräsidenten am Samstag, dem 7. Januar vor dem Schloß Bellevue zu Berlin unter Beteiligung zahlreicher „rechter“ Schuhe das Zeichen der Ablehnung entgegenzuhalten: Christian Wulff war durch und durch Systemknecht. Er war, wie die Vorwürfe gegen ihn als Vorteilnehmer im Amt zeigten, gleichsam personalisiertes Sinnbild des Systems. Die Verengung der Kampagne auf die Person Wulff könnte aber leicht davon ablenken, daß fast alle Spitzenrepräsentanten der BRD so sind wie der Ex-Bundespräsident.

Wulff hat eine Schneise der Verwüstung deutscher Anliegen hinterlassen, als er beispielsweise – damals noch Niedersachsens Ministerpräsident – anlässlich des Schlesiertreffens in Hannover die Unterstützung durch die Landesregierung und sein Erscheinen davon abhängig machte, daß bestimmte Veröffentlichungen, darunter die aufrechte Zeitschrift „DER SCHLESIER“ nicht ausgelegt

werden, und bestimmte Verbände, wie ausgerechnet die Schlesische Jugend und auch das erfolgreiche „Hilfswerk Ost“ nicht erscheinen. Er hat damals schon sein gestörtes Verhältnis zu Demokratie und Recht vorgeführt. Noch schädlicher war sein Wirken als Bundespräsident u. a. in Polen, wo er die polnischen Landräuber bar jeder Geschichtskennntnis hoffierte und die Vertriebenen als die Opfer düpierte. Von seinen unsachlichen und undemokratischen Anwürfen gegen „Rechts“ und sonstigen öffentlichen Darbietungen als Bundespräsident im Sinne der alliierten Siegermächte einmal ganz abgesehen. Angewidert erinnern wir uns seines Ausspruchs anlässlich seines Besuchs der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem von der „bleibenden Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel“ und seiner unsäglichen Bemerkung am 27. Januar 2011 in Auschwitz „... wir (Deutschen) tragen hieraus eine historische Schuld, die unabhängig ist von individueller Schuld ...“, – also Kollektivschuld.

Auch seine Bemerkungen über die „christlich-jüdische Geschichte Deutschlands“ und seine Behauptung, daß der Islam jetzt zu Deutschland gehöre, liegen weit neben dem, was ein Bundespräsident „zum Wohle des deutschen Volkes“ geschworen hat. Indes hat das, was gegenwärtig Medien und Politik gegen ihn als konzertierte Aktion inszenieren, nichts mit seinen politischen Verfehlungen zu tun. Er soll sich einen Amtsvorteil bei der Beschaffung eines günstigen Kredits verschafft haben – ein Vorwurf, der mindestens jeden zweiten Spitzenpolitiker dieses Systems treffen könnte. Was also hat er in den Augen jener, die das System „BRD“ kontrollieren, tatsächlich falsch gemacht?

Tatsächlich hatte er, wie uns Eva Herman offenbarte, den Mut besessen, das Finanzgebaren Berlins herb zu tadeln – und das mit der vollen Würde seines Amtes in einer sehr ernsten Lage. Im August vergangenen Jahres hielt er den Ankauf von Anleihen einzelner Staaten durch die EZB für „rechtlich bedenklich“. Er sprach sich entschieden gegen EU-Anleihen (Euro-Bonds) aus und

äußerte mit Blick auf Griechenland: „Selbst der Bürge kann sich unmoralisch verhalten, wenn er die Insolvenz nur hinauszögert“.

Wulff hat lt. Herman „die Bankster auf dem deutschen Bankentag ordentlich abgewatscht“, indem er dort äußerte „Wer zur Elite eines Landes gehören will, muß auch Vorbildfunktion und Verantwortung übernehmen – ohne Wenn und Aber“, was entschieden nicht in das Konzept Sarkozy/Merkel paßt. Gerüch-teweise verlautet nach gleicher Quelle, Wulff habe sich geweigert, den ESM-Vertrag zu unterzeichnen.

Anläßlich seiner Rede zur Eröffnung der vierten Tagung der Wirtschaftsno-belpreisträger in Lindau meinte Wulff: „Wir haben weder die Ursachen der Krise beseitigt, noch können wir heute sagen: <Gefahr erkannt, Gefahr gebannt> ... Erst haben einzelne Banken andere ge-rettet, dann haben Staaten vor allem ihre Banken gerettet, jetzt rettet die Staaten-gemeinschaft andere Staaten. Da ist die Frage nicht unbillig: Wer rettet aber am Ende die Retter? Wann werden die auf-gelaufenen Defizite an wen verteilt? [...] Ich sage es hier mit Bedacht, ich halte den massiven Ankauf von Anleihen ein-zelner Staaten durch die Europäische Zentralbank für politisch und rechtlich für bedenklich.“

Oder an anderer Stelle: „Die Versündi-gung an der jungen Generation muß ein Ende haben. Wir brauchen statt dessen ein Bündnis mit der jungen Generation. Ich verstehe die Empörung vieler Men-schen. Es sind ihre Zukunftschancen, die hier auf dem Spiel stehen. Die Po-litik muß ihre Handlungsfähigkeit zu-rückgewinnen ... Sie darf sich nicht ... am Nasenring durch die Manege führen lassen von Banken, Ratingagenturen oder sprunghaften Medien.“

Klare Worte - zu klar für einen Spit-zenpolitiker, der sich für den mächtig-sten Mann im Staate hielt. Ende 2011 übte der Ex-Bundespräsident auch noch harsche Kritik an den „Fehlleistungen der bundesdeutschen wie europäischen Politik wie den Machenschaften der europäischen Bankster“. In einem In-terview mit „DIE ZEIT“ vom 30. Juni 2011 (welches bezeichnenderweise nicht von anderen Medien übernommen wur-de) geriet der Ex-Bundespräsident mit

Zu klare Worte: „Die Politik muß ihre Handlungsfähigkeit zurück-gewinnen. Sie darf sich nicht ... am Nasenring durch die Manege führen lassen von Banken, Ra-tiingagenturen oder sprunghaften Medien.“

seiner Forderung nach Stärkung des Parlaments in Gegensatz zu den Druck-maßnahmen von Kanzlerin Merkel. Er beklagte sich, „daß heute in viel zu klei-nen Entscheider-Runden vorgegeben wird, was dann vom Parlament abgese-gnet werden soll. Darin sehe ich eine Aus-höhlung des Parlamentarismus. Damit schwindet die Grundlage für Vertrauen, fehlt die Transparenz und Teilhabe für Bürger und Parlamentarier. Ich erlebe, daß Politikverdrossenheit heute eine Ausweitung erfährt: nicht mehr nur von Bürgern gegenüber Politikern. Inzwi-schen sind Politiker ... häufig verdrossen über ihre eigene Tätigkeit und ihre Rol-le, die ihnen noch zukommt – verdrossen über ihren schwindenden Einfluß.“ ... „Sowohl beim Euro wie bei Fragen der Energiewende wird das Parlament nicht als Herz der Demokratie gestärkt und empfunden. Dort finden die großen De-batten nicht mit ergebnisoffenem Aus-gang statt, sondern es wird unter einigen Wenigen etwas vereinbart und durch Kommissionen neben dem Parlament vorentschieden“.

Als Wulff schließlich noch massive Kritik an Frau Merkels Berliner Perso-nalpolitik übte, wurde er unkalkulierbar und die Hatz begann. Daß sich daran der deutsch-israelische Springer-Verlag und das Leitblatt der Besatzer „Der Spiegel“ federführend beteiligen, darf niemanden wundern.

Ein Systemknecht als Widerständler ge-gen das System? Schon sein Vorgänger Horst Köhler hatte vielfach Kritik ge-äußert, die Unterschrift unter den Lis-sabonvertrag lange verweigert, und hatte schließlich das Handtuch geworfen. Wir erleben, daß etwas aus den Fugen gerät, was uns nachhaltig bedroht und mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft enden wird, wenn niemand gegensteuert: Es ist die Weltfinanzdiktatur. Wir sollten die-se neuerlichen Risse im System erkennen und nutzen. ■

Fundstücke

Zwischenreligiöse Heiraten europä-ischer Juden sind „alarmierend“

(Übersetzung des Artikels „Intermarriage Among European Jews Raises Alarm“, er-schienen am 30.12.2011 auf virtualjerusa-lem.com)

Das Europäische Zentrum für jüdische Studenten (ECJS) teilte am Diens-tag mit, daß die Resultate einer neuen Studie, die ein Ansteigen zwischenre-ligiöser Ehen zwischen europäischen Studenten zeigt, alarmierend seien. Entsprechend eines Berichtes der Eu-ropean Jewish Press ermittelte die Stu-die, daß die Anzahl zwischenreligiös geschlossener Ehen in Europa um 17% angestiegen sei. Die jährliche Unter-suchung wurde mit einer repräsentati-ven Auswahl europäischer jüdischer Gemeinschaften und Studentenorgani-sationen im Vorfeld von „Shabbat Like a Jew“ durchgeführt, einer Veran-staltung am nächsten Wochenende in Athen, Griechenland, zu der mehrere hundert europäische Studenten erwar-tet werden.

„Die Ergebnisse der 2011er Studie unter den Studenten machen wirklich Angst“, sagte Zeevi Ives der EJP. To-mer Orni, Geschäftsführer der Euro-pean Jewish Union, fügte hinzu, daß die steigenden Assimilationsraten „ein beunruhigendes Phänomen“ sind. „Es gibt noch viel mehr zu tun. Die gute Nachricht ist, daß es jetzt überall in Europa mehr Möglichkeiten für jüdi-sche Studenten gibt, Beziehungen ein-zugehen, wenn sie dies wollen. Trotz-dem ist das Niveau zwischenreligiöser Heiraten aus unserer Sicht immer noch viel zu hoch, wir sehen [aber] eine po-sitive Veränderung, weil der Anstieg in diesem Jahr geringer ist, als in den vorherigen.“

Laut ECJS gibt es etwa 200.000 Juden zwischen 18 und 30 Jahren in Europa, einem Alter, in der diese Gruppe jun-ger Leute Beziehungen eingeht. Ives hat das Ziel, so viele wie möglich zu erreichen, „um ihre jüdische Identität zu stärken und die Kette der Genera-tionen des jüdischen Volkes fortzuführen.“